



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU und SPD

Die Vision einer inklusiven Gesellschaft - Einrichtung einer zentralen Koordinierungsinstanz (Focal Point) zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 6/716

Der Landtag wolle beschließen:

Die Vision einer inklusiven Gesellschaft - Einrichtung einer zentralen Koordinierungsinstanz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Die Landesregierung wird beauftragt,

1. mit dem Landesaktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte der Menschen mit Behinderungen die Aufgaben und die strukturelle Anbindung einer staatlichen Anlaufstelle zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention vorzulegen,
2. in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales, für Landesentwicklung und Verkehr, für Wissenschaft und Wirtschaft, für Inneres, für Recht, Verfassung und Gleichstellung und für Bildung und Kultur zu berichten.

Begründung

Nach Art. 33 Absatz 1 der UN-Behindertenrechtskonvention soll auf der Ebene der Mitgliedsstaaten ein Focal Point eingerichtet werden, um die Behindertenkonvention umzusetzen. Näheres führt der Vertragstext dazu nicht aus.

Es gibt keine Vorschrift, auf Landesebene derartige Focal Points einzurichten. In Sachsen-Anhalt wird der Landesaktionsplan vom Ministerium für Arbeit und Soziales unter Beteiligung des Beauftragten der Landesregierung von Sachsen-Anhalt für die Belange der Menschen mit Behinderungen - Landesbehindertenbeauftragter - und des Landesbehindertenbeirates erarbeitet. Die Beteiligung der betroffenen Ressorts wird über das Sozialministerium koordiniert.

(Ausgegeben am 18.01.2012)

Der erste Entwurf des Landesaktionsplans wird derzeit auf verschiedenen Ebenen, vor allem mit den Behindertenverbänden diskutiert. Eine Kabinettsbefassung ist vor dem Sommer vorgesehen.

In Sachsen-Anhalt bestehen bereits Strukturen, die an der Umsetzung der UN-Konvention arbeiten, die auch den Betroffenen bekannt sind und von diesen bei verschiedenen Anliegen kontaktiert werden.

Mit der Schaffung eines Focal Points beim Ministerpräsidenten würden Parallelstrukturen geschaffen werden. An der Koordinierungsarbeit würde sich durch eine Ansiedlung in der Staatskanzlei nichts ändern. Jederzeit ist es dem Landesbehindertenbeauftragten möglich, sich an den Ministerpräsidenten zu wenden. Auch der Ministerpräsident kann jederzeit den Landesbehindertenbeauftragten anfragen.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD